

## Turbulenzen an Börsen

# Staatsfonds und Vermögende unter Verdacht

Der Sturz am Aktienmarkt wird stark durch Staatsfonds aus Nahost getrieben, wie sich am WEF erfahren liess. Auch reiche Privatkunden reduzieren Risiken. Sorge bereitet Beobachtern auch die Geldpolitik.

von Michael Ferber, Michael Rasch, Davos  
24.1.2016



**Teil des Problems sei die Politik der Zentralbanken. (Bild: Ruben Sprich / Reuters)**

Der drastische Kurszerfall an den Aktienbörsen, der einbrechende Erdölpreis und die Sorgen über eine harte Landung der chinesischen Wirtschaft gehörten beim 46. World Economic Forum (WEF) in Davos zu den wichtigsten Gesprächsthemen. Die ersten drei Wochen des Jahres seien an der Börse der schlechteste Jahresauftakt der Geschichte gewesen, sagte Tidjane Thiam. Der Konzernchef der Credit Suisse gab sich dennoch berufsoptimistisch. Seine Bank gehe davon aus, dass es in China zu einer sanften Landung der Konjunktur komme und dass der niedrige Erdölpreis einen positiven Effekt auf die Weltwirtschaft habe.

In Hintergrundgesprächen orteten Investmentbanker und andere Marktteilnehmer vor allem Staatsfonds aus Ländern des Nahen Ostens, die stark unter dem Erdölpreiserfall leiden, als grosse Verkäufer an den Aktienmärkten. Vertreter des Private Banking in der Schweiz sagten ebenfalls, die Verkaufsaufträge ihrer Kunden hätten rund 60% des Gesamtvolumens ausgemacht. Viele wohlhabende Anleger gingen an die Seitenlinie, um abzuwarten, wie sich das Marktgeschehen entwickle.

Insgesamt sei der Verkaufsdruck zwar nicht höher als in früheren vergleichbaren Korrekturphasen. Dass die Volatilität gegenwärtig dennoch sehr ausgeprägt ist, führen Vertreter des Finanzsektors unter anderem auf den Rückzug von Banken aus dem Market-Making zurück. Dieses ist wegen der gestiegenen Kapitalanforderungen für die Institute nicht mehr attraktiv.

Paul Singer, Gründer des Hedge-Funds-Riesen Elliott Management, kritisierte dennoch den immer noch viel zu hohen Fremdkapitaleinsatz von Banken. Die Branche sei weiter zu hoch verschuldet. Als Teil des Problems sieht er die Politik der Zentralbanken. Sieben Jahre mit Nullzinsen und laufenden Notenpressen hätten die Preise an den Märkten verzerrt und dringende Strukturreformen am Arbeitsmarkt sowie bei Steuern und Bildung verhindert.

Auch IMF-Chefin Christine Lagarde sieht die Geldpolitik als Gefahr für die Weltwirtschaft. Sie zielt auf das Problem der Divergenz, also die restriktive Entwicklung in den USA sowie die anhaltend expansive Situation in Europa und Japan. Gemeinsamer Nenner bleibt, dass viele Beobachter weiter ein geringes Wachstum und niedrige Inflation erwarten. Das sei die neue Normalität.